

Das Prinzip Offenheit

Kultur in Zeiten des Krieges



Foto: Falk Wenzel

Katarzyna Wielga-Skolimowska ist Künstlerische Direktorin und Vorstand der Kulturstiftung des Bundes

Menschen, die im Krieg sind, wollen wissen, dass sie Kultur haben, dass sie Kultur sind.« Jurko Prochasko, der in Lviv lebende ukrainische Schriftsteller, Übersetzer und Psychoanalytiker berichtet in einem Gespräch im März 2024, dass in der Ukraine seit Beginn des Krieges so viele Bücher geschrieben, gedruckt und gelesen würden wie nie zuvor. Dabei sind die Bedingungen für Verlage und Druckereien sehr schwierig geworden. In Charkiw, traditionell nicht nur eine bedeutende Universitätsstadt, sondern auch die Verlagsstadt der Ukraine, werden sie gezielt vom russischen Militär beschossen wie kürzlich die Faktor Druk, in der etwa die Hälfte aller Bücher in der Ukraine gedruckt werden: eines von vielen Indizien dafür, dass die Zerstörungen durch das russische Militär ein unverhohlener Angriff auf die kulturelle Identität der ukrainischen Zivilgesellschaft sind.



Foto: Lotte Ostermann

Kirsten Haß ist Verwaltungsdirektion und Vorstand der Kulturstiftung des Bundes

Gerade im Krieg sei es wichtig, sich seines Menschseins über die bloße physische Existenz hinaus zu vergewissern, wer man ist und sein will, was man unter Einsatz seines Lebens verteidigt, so Prochasko. Manche Künstlerinnen sagen von sich, dass sie nach dem ersten Schock, der ihnen geradezu die Sprache verschlug, eine erhöhte Produktivität an den Tag legten.

In den letzten eineinhalb Jahren hat die Kulturstiftung des Bundes eine besonders vertrauensvolle und intensive Zusammenarbeit mit der Kyiv Biennale aufgebaut, deren aktuelle Ausgabe, die sogenannte Kyiv Perenniale, derzeit in Berlin zu sehen ist. Die kuratorische Arbeit an der Perenniale fand unter den konkreten Bedingungen des Krieges statt: Kuratorinnen und Künstler kommunizierten aus ihren verschiedenen europäischen Exilen mit Kollegen, die sich für die gemeinsamen Sitzungen immer wieder aus dem Luftschutzbunker in Kyiv zuschalten mussten. Die in der Ausstellung gezeigten medienkünstlerischen Arbeiten sind Zeugnisse einer Kunst in Zeiten des Krieges. Dokumentarische Filmmaterialien geben detaillierte Einblicke in die kollektiven Erfahrungen und Ereignisse in der Ukraine, die Geschichte schreiben. Künstlerin-

nen arbeiten gemeinsam mit Ärzten, Aktivistinnen und KI-Spezialistinnen an neuen, oftmals visuell drastischen und doch poetischen Formen der Dokumentation des Kriegsgeschehens. Einer journalistisch-chronistischen Wahrheit verpflichtet, lassen sie dennoch nicht davon ab, Kunst zu produzieren, die keine einfachen Antworten liefert, sondern immer komplexere Fragen nach Erinnerung, politischen Hoffnungen und persönlicher Verantwortung aufwirft.

Die Kyiv Perenniale und viele weitere künstlerische Positionen aus der Ukraine stehen exemplarisch dafür, wie eng die Forderung nach einem demokratischen Gesellschaftssystem mit der Bedeutung der Freiheit von Kunst und Kultur verknüpft ist. Es bedarf großer Stärke, Kunst aus der Erfahrung des Krieges zu schaffen, ohne dabei agitatorische Kriegskunst zu produzieren. Kunst bleibt hier ein Refugium des kritischen Denkens über die Notwendigkeiten der Kriegswirklichkeit hinaus – auch und gerade, weil einzelne beteiligte Künstler an der ukrainischen Front kämpfen.

Kulturschaffende und Bürgerinnen eines demokratischen Landes wie Deutschland wiederum haben die unschätzbare Möglichkeit, Menschen in der Ukraine beizustehen, die Widerstand leisten gegen die Unterjochung durch ein autokratisches und mithin auch Kunstfreiheit und kulturelle Selbstbestimmung ablehnendes Regime. Zumal in Zeiten der Erstarkung rechtsextremer Kräfte und der populistischen »Iliberalisierung« demokratischer Staaten wird die Glaubwürdigkeit demokratischer Überzeugungen in bisher unbekannter Weise herausgefordert. In dieser Hinsicht wirkt der Krieg gegen die Ukraine und ihre Kultur auch hierzulande als Fanal, als Weckruf – oder sollte es jedenfalls.

In Deutschland entstand in den 1970er Jahren in der BRD und auch, – unter schwierigeren Bedingungen – in der DDR, eine Friedensbewegung, die wichtige erinnerungspolitische Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen hat: »Nie wieder Krieg«, »Frieden schaffen ohne Waffen«, »Schwerter zu Pflugscharen«. Nach dem Zerfall

der Sowjetunion, eingeleitet durch Gorbatschows Glasnost und Perestroika, schien sich ein Ende der Geschichte feindlicher politischer Blöcke und unversöhnlicher gesellschaftlicher Systeme abzuzeichnen. Der Optimismus wirtschaftspolitischer Strategien zur Anpassung der gesellschaftlichen Systeme nach demokratischem Vorbild hat sich im Rückblick jedoch als Täuschung (von beiden Seiten) erwiesen.

Im Unterschied zu Befreiungsbewegungen hat sich die Friedensbewegung Gewaltlosigkeit auf ihre Fahnen geschrieben. Gewaltlosigkeit aber ist bestenfalls eine gesellschaftliche Utopie. Ein politischer Mythos ist sie insofern, als letztlich auch das Gewaltmonopol demokratischer Staaten eine Form der Gewalt ist, welches im Rechtsstaat allerdings ein prinzipiell gewaltfreies gesellschaftliches Miteinander garantieren soll. Statt um Abschaffung von Gewalt geht es in demokratischen Systemen um eine Ordnung, in der sie rechtsstaatlich eingehegt wird. Das Völkerrecht versucht dies auf zwischenstaatlicher Ebene.

In der Frage, auf welchem Wege Frieden erreicht wird, scheiden sich die Geister und die politischen Lager, wenn sie nicht unheilige Allianzen eingehen: Auch ein prominenter Rechtsextremist fordert neuerdings »Frieden schaffen ohne Waffen«. Die einen meinen, Gewalt sei legitim, wenn sie als Mittel für den Zweck einer gewaltfreien Ordnung eingesetzt wird. Andere wiederum plädieren für einen dezidierten Pazifismus, der den Angegriffenen die Unterwerfung und die Aufgabe ihrer Freiheitsrechte abfordert. Es stünde jedoch allen Erfahrungen entgegen zu glauben, dass ukrainische Kultureinrichtungen auf abgetretenem oder russisch annektiertem Gebiet als solche erhalten blieben.

»Krieg ist keine Metapher«, sagt die ukrainische Lyrikerin Halyna Kruk. Deshalb klingt eine im Bereich des Metaphorischen verharrende Forderung nach einem »Einfrieren« des Krieges bedenklich. Friedensrhetorik und Kriegsrhetorik stehen sich zunehmend polarisierend gegenüber und gehen untereinander toxische Verbindungen ein. Ihre jeweiligen Strategien zu erkennen gehört aktuell vielleicht zu einem der wichtigsten Ziele kultureller Bildung.

Der Kulturpolitischen Gesellschaft ist dafür zu danken, dass sie dem Thema Krieg und Kultur eine eigene Magazinausgabe widmet im Wissen, dass die Beiträge zwangsläufig Gefahr laufen, schal zu wirken angesichts der aktuellen humanitären Katastrophen.

Krisenerscheinungen in der Kultur

Für das Thema dieser Publikation ist von unserer Seite noch eine weitere Auseinandersetzung im Kultur- und Wissenschaftsbetrieb anzusprechen, die als indirekte Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine wie des Terroranschlags vom 7. Oktober 2023 auf Israel und des folgenden

Kriegs in Gaza mit neuer Heftigkeit in Erscheinung tritt: die Boykotte. Die Kulturstiftung des Bundes spricht sich seit Jahren entschieden gegen dieses Druckmittel in Kultur und Wissenschaft aus. Die politische Dimension des Mittels des Boykotts geht verloren, wenn Einzelpersonen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder Gruppenzugehörigkeit ausgeschlossen werden. Wo nicht die persönlichen Überzeugungen und Verhaltensweisen des betreffenden Menschen die Grundlage für dessen Behandlung sind, wird Boykott zum Bullying, da ernsthafte finanzielle Konsequenzen nicht für den Staat, sondern für Einzelkünstlerinnen oder Wissenschaftler hat. Insbesondere Veranstaltungen mit internationaler Teilnehmerschaft stehen in diesen Bereichen der weltweiten Zusammenarbeit derzeit – nicht nur in Deutschland unter Druck. Er manifestiert sich in der Überlagerung von kuratorisch-künstlerischen Entscheidungen durch kunstfremde Kriterien und gesellschaftspolitischer Einflussnahme, die weiterhin durch hohe mediale Resonanz befeuert wird.

Kultureinrichtungen geraten dadurch in Dilemmata: Einerseits wollen und sollen sie unterschiedliche Perspektiven und Positionen versammeln, andererseits müssen und sollen sie Haltung beziehen. Einerseits wollen und sollen sie Räume für streitbare Diskussionen offenhalten, andererseits müssen und wollen sie für eine demokratische Grundverabredung mit ihren Teilnehmenden bürgen und deren Sicherheit gewährleisten. Diese Dilemmata könnten sich schlimmstenfalls zum Strukturproblem auch der Kulturförderung ausweiten, wenn sie die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Förderer beeinträchtigen.

Aus unserer Sicht wäre es jedoch ein Irrweg und auch vergeblich, solch beklemmenden Situationen und Auseinandersetzungen durch »Präventivmaßnahmen« begegnen zu wollen. Die Problematik wird nicht durch die Katalogisierung von diskriminierenden Haltungen aufgelöst (Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit usw.), sondern bedarf deren Deutung und Einordnung aus unterschiedlichen Perspektiven und in unterschiedlichen Kontexten. Um die Mühen der Einzelfallbetrachtung kann auch die Öffentlichkeit nicht herumkommen. Die Freiheit der Kunst und ihrer Institutionen beweist sich nicht zuletzt darin, dass Entscheidungen unabhängig von medialem, identitätspolitischem, politischem und gesellschaftlichem Druck verantwortungsvoll, in erster Linie im Hinblick auf künstlerische Qualität und intellektuellem Anspruch getroffen werden können. Ob man eine umstrittene Wissenschaftlerin oder Schriftstellerin zu einer Podiumsdiskussion einlädt oder sie mit einem Preis ehren will, könnte zu unterschiedlichen Einschätzungen führen.

Noch vor etwa zehn Jahren nahmen solche Überlegungen keinen großen Raum in unserer – auch staatlich geförderten – Kulturlandschaft ein. Die

Zeiten haben sich geändert. Rechtsextreme Positionen sind politisch so mächtig geworden, dass von ihnen eine reale Bedrohung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentantinnen und besonders auch von Minderheiten ausgeht, die nicht mehr ignoriert werden kann.

Der vermeintliche Ausnahmezustand entwickelt sich angesichts der Menge und der Dauer von Krisen zum neuen »Normal«. erinnert sei aber daran, dass die Situation, dass mehrere Krisen gleichzeitig die Gesellschaft herausfordern, kein neues Phänomen ist. Relativ neu sind die Emotionalisierung und Moralisierung von Konflikten vor allem durch die Explosion von unkontrollierten, kontrafaktischen und menschenverachtenden Äußerungen insbesondere in den Sozialen Medien. Mit ihnen wird die Intensität des Krisengefühls algorithmisch getriggert, insofern als überschaubare (lösbare) Konflikte und Probleme zu bedrohlichen (unbeherrschbaren) Krisen getuned werden. Die Hoffnung auf das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama, 1989) geopolitischer Konfrontationen ist abgelöst worden vom apokalyptischen Gefühl, dass sich das Ende der Zukunft abzeichnet.

Krisen firmieren semantisch als zeitlich begrenzter, zu überwindender Ausnahmetatbestand. Dabei gerät leicht aus dem Blick, dass global gesehen existenziell bedrohliche Krisenerfahrungen das Lebensgefühl von Milliarden Menschen grundieren, insofern ihnen Zukunfts- und nicht selten Überlebensperspektiven verwehrt oder verbaut werden. In autokratischen Staaten »beseitigt« man Krisen durch handstreichartige Maßnahmen, bei denen häufig individuelle Grundrechte staatlichen Interessen geopfert werden. Doch es gibt natürlich nicht-staatliche Bewegungen, die auf die Schließung gesellschaftlicher Ordnungen und auf Horizontverengungen durch Ausgrenzungen abzielen (BDS, »Strike Germany«).

Vielleicht hilft es, uns ins Bewusstsein zu rufen, dass Krisenerfahrungen ein charakteristisches Kennzeichen der Moderne sind. Sie erweisen sich in demokratischen Gesellschaften, positiv betrachtet, als Antrieb für die Weiterentwicklung einer aufgeklärten, zukunfts-offenen Gesellschaft. (Die Wahrnehmung von) Krisen sind in dieser Hinsicht in freiheitlichen Gesellschaften treibende Impulse für Adjustierungen, um Freiheitsrechte und ein friedliches Zusammenleben nicht in Kollision geraten zu lassen. Krisen sind sowohl Beglaubigungen als auch Bewährungsproben für eine offene Gesellschaft. In anderer Hinsicht sind sie aber auch Indikatoren für die (akute) Überforderung einer Gesellschaft. Der Zustand der Überforderung ist womöglich das eigentliche Kennzeichen der gegenwärtigen Moderne.

Kultur als Ort der Ambiguität

Moderne demokratische Gesellschaften müssen mit Kontingenz leben und auf ein geschlossenes

Welt- und homogenes Gesellschaftsbild verzichten. Das unterscheidet sie wesentlich von nicht demokratischen, von autoritär regierten Gesellschaften. Einer als Unsicherheit erlebten Offenheit gilt es das Prinzip Offenheit als kreative Ressource entgegensustellen, Offenheit als Versprechen auf die Möglichkeit (und Notwendigkeit) von Gestaltung zu begreifen. Die Kulturstiftung des Bundes setzt bewusst auf dieses Prinzip. Wenn es so etwas wie ein Credo für uns als Fördererinnen gibt, so mag es die feste Überzeugung sein, dass Kultur und die Künste ein Anker im internationalen Krisengefüge sind. Doch gerade die internationalen künstlerischen, institutionellen und intellektuellen Beziehungen drohen unter Stress zu zerbrechen oder nicht weiter zu wachsen. Krisenreaktionen zeigen sich erfahrungsgemäß in Phänomenen des Rückzugs auf das Gewohnte und Bekannte, auf das Nationale, Einheitliche, Eindeutige. Wer sich mit Kunst beschäftigt weiß, dass sie aber ihre gesellschaftliche Relevanz entfaltet durch das Unerwartete, das radikal Komplexe und die Offenheit, mit neuen Augen auf bekannte Fragen zu schauen. Genau diese Rolle von Kunst und Kultur gilt es unbedingt zu verteidigen, sie ist essenziell für eine lebendige Demokratie. Dieser Gedanke liegt unserem langfristig angelegten transkontinentalen Programm zugrunde, das gegen Isolation wirken und neue Dimensionen internationaler Kooperationen erschließen möchte.

Schließlich haben sich die Zeiten durch das Erstarken rechtsextremistischer Positionen auch dahingehend geändert, dass das berühmte Diktum des Rechtsphilosophen und Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist«, eine Aktualität und Brisanz erhalten hat wie niemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Die Demokratie kann nicht »mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots« verteidigt werden, ohne dass der Staat seine Freiheitlichkeit aufgäbe. Aber sie kann, sie muss sich unseres Erachtens im Feld der Kultur als wehrhaft erweisen.

Es bedarf einer zivilgesellschaftlichen Praxis und einer politischen Kultur, die zum Fortbestand der Demokratie Substantielles beitragen können. Deshalb gilt es, Kunst und demokratischen Kulturinstitutionen einen weit- und weltläufigen Bereich im zivilgesellschaftlichen Raum zu sichern. Auch Kulturverantwortliche sehen sich in der Verantwortung, der Vereinseitigung oder Verrohung der politischen Diskurslage in Kultureinrichtungen in situ, aber vor allem im dauerhaften Dialog entgegenzuwirken. Nicht zuletzt gilt in einer Demokratie unumstößlich, Kultur und Kulturschaffende zu beschützen und zu unterstützen, wenn und wo sie durch antidemokratische Kräfte aufs Schwerste bedroht werden. ■